Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

№ 50. Freitag, den 19. Februar. 1847.

Bekanntmachung.

Zum Commandanten des 3. Bataillons ist
Herr **Ernst Eduard Seiler**, Dr. phil.,
erwählt und von dem Königl Hohen General-Commando der Communalgarden unterm 10. Februar d. J. bestätigt worden.

Leipzig, den 16. Februar 1847.

Der Communalgarden-Ausschuß.
H. W. Neumeister, Commandant.
Adv. Hermsdorf, Prot.

Außerordentlicher Landtag.

(Schluß des gestern abgebrochenen Berichts über die Sitzung der zweiten Kammer vom 16. Februar.)

Der Präsident fand sich hierbei veranlaßt, zu erklären, daß er den drei Abgeordneten aus Leipzig um deswillen das Wort gegeben, weil die Petition aus Leipzig stamme, dem Abgeordneten Joseph aber um deswillen, weil dieser selbige in die Kammer eingeführt habe. Er schlage vor, diese Debatte zu verlassen. Staatsminister v. Könneritz bemerkte gegen Abgeordneten Joseph, daß nach §. 116 der Landtagsordnung*) diese Debatte allerdings statthaft gewesen. Dr. Schaffrath: er spreche gegen den Antrag des Präsidenten; die Aeußerungen des Dr. Haase beträfen auch ihn mit, da er die Zweifel selbst angeregt und zuerst ausgesprochen habe; das Urtheil des Appellationsgerichtsrath Dr. Haase sei jedoch in dieser Sache ein ganz gleichgültiges. Dieser replicirt, daß seine Ausdrücke andere gewesen, als Dr. Schaffrath ihm vorwerfe; des Letzteren Urtheil über ihn sei ihm auch gleichgültig. Als der Präsident schon zur Abstimmung schreiten will, erhebt sich noch Eisenstuck, der zum ersten Male auf diesem Landtage spricht: er spreche sich dafür aus, daß die Petition angenommen werde; wolle man diese abweisen, wohin solle dies führen? Eben so gut könnte man 10 und 20 Petitionen abweisen. Brockhaus entgegnet jedoch, daß er nicht diesen Antrag gestellt, sondern vielmehr verlangt, daß die Kammer bis nach Beseitigung der Zweifel sich vertagen solle. Der Vorschlag des Präsidenten wurde hierauf gegen 1 (Brockhaus) Stimme angenommen.

Es entspann sich nun ein weiterer Streit zwischen einigen Deputationsmitgliedern und Joseph. v. d. Planitz versicherte gegen den frühern Vorwurf Josephs, daß die Finanzdeputation nach allen Kräften gearbeitet und ihre Berichte fertig habe. v. Thielau: die Finanzdeputation habe sogar sich nicht Zeit genug genommen, wenn man die Schwierigkeit ihrer Aufgabe betrachte. Joseph: wie hoch er auch die Finanzdeputation stellen möge, so hoch könne er es doch nicht, daß er ihr für die Kammer selbst sich zu halten zugeben könne; er habe von der Kammer gesprochen; v. Thielau erblicke hierin aber die Finanzdeputation; die Herren kämpften gegen Selbstanschuldigungen. Schaffrath klagte über das Außenbleiben der Königl. Commissarien. Präsident Braun zeigte an, daß sie ihm bereits gestern vom Gesammtministerium bezeichnet worden wären.

Hierauf wurde zur Berathung des Kön. Decrets, die Nahrungsverhältnisse betreffend, geschritten. Oehmigen eröffnete die Debatte: er hoffe, daß, wenn die Saat durch den Winter bringen und die Eisenbahnarbeiten wieder beginnen, sich die Noth lindern werde; man solle das frühzeitige Heirathen verbieten und der Ackerbau möge mehr Unterstützung finden, als seither; der Segen werde nicht ausbleiben; insbesondere verspreche er sich von Ackerbauschulen viel. Rittner: es bleibe nichts übrig, als der Regierung ein Vertrauensvotum zu geben. Schaffrath: die Noth sei keine vorübergehende; er verlangte einen Chausseebau und tadelte die Fassung des Berichts an einer Stelle („in Erwägung ziehen") als einen bloßen Ausdruck der Bescheidenheit und als nicht offen und männlich genug. Staatsminister v. Zeschau gab dem Abgeordneten hierauf Erläuterungen über einen von ihm gewünschten Chausseetract; der Reis, dessen Zollherabsetzung die Deputation verlangt, werde auch dann noch im Vergleich mit dem Getreide und dessen Nahrungsstoff zu theuer bleiben; das Getreide werde im Preise fallen, dafür gebe es ein sicheres Anzeichen darin, daß die Fracht in den Seehäfen ums Doppelte gestiegen sei. Abgeordneter Rewitzer unterschied zwischen Landestheilen, wo Industrie, und solchen, wo keine getrieben werde; in ersteren sei die Noth keine vorübergehende. Eine hauptsächliche Ursache sei das Mißverhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter; das Marktbeziehen werde durch die größere Concurrenz im Verdienste immer mehr verkleinert. Uebrigens versicherte er, daß Mißbräuche der Agiotage bei den Fabrikherren in Chemnitz nicht vorkämen, so weit er es wisse. Abgeordneter Heuberer fand die Ursache der Verarmung im leidigen Maschinenwesen und im geringen Verdienste der Arbeiter. Am schmerzlichsten würden die Kartoffeln vermißt. Hoch und Niedrig esse sie gern. Der Getreidewucher sei ein leeres Phantom; er bedaure, daß das Ministerium nicht sage, wie viel Getreide es gekauft und wo es liege? und tadelte die unverschämten Bedrückungen, die sich Factoren und Kaufleute gegen die Arbeiter erlaubten, denen sie oft 6 Pf. pr. Thlr. abzögen. Staatsminister v. Falkenstein: er spreche die Ueberzeugung aus, daß, wenn auch an einzelnen Orten Noth herrsche, doch nicht eigentlicher Mangel im Lande vorhanden sei. Hierzu komme noch ein Umstand, die große Genügsamkeit der Bewohner, der Sinn für Ordnung und Arbeit. Wahrhaft erhebend sei es, zu sehen, wie aus allen Verhältnissen, aus allen Ständen alle Mittel hervorgesucht werden, um zu helfen; eben so tröstend sei der wahrhaft religiöse Sinn der Bewohner. Man habe sich aber zu hüten, daß nicht durch unbemessene und unzeitige Unterstützungen das größte Uebel herbeigeführt werde, nämlich, daß Derjenige, der arbeiten könne, nicht arbeite und auf die Unterstützung der Regierung warte. Ueber die Getreideankäufe könne er auch jetzt sich nicht aussprechen, weil sonst der Zweck derselben

*) welche von ständischen Petitionen handelt. Anm. d. Berichterst.